



Marburg, 01.03.2018

Eingang: 01.03.2018

SPD-Fraktion  
CDU-Fraktion

TOP: 20

Lfd.Nr. 209/2018 KT

**Antrag zur Kreistagssitzung am 23.03.2018****Antrag der Fraktionen von SPD und CDU: Für unsere Umwelt – Öffentlichen Personennahverkehr attraktiver und ökologischer machen****Beschluss:**

Der Kreisausschuss wird gebeten

1. in Zusammenarbeit mit dem RMV Modellrechnungen anzustellen, ob und zu welchen Kosten ein fahrpreisfreier ÖPNV auch in einem ländlichen Raum wie Marburg-Biedenkopf realisierbar wäre, welche Kosten dafür entstünden und welche tariflichen, infrastrukturellen und rechtlichen Voraussetzungen dafür gegeben sein müssen,
2. zu prüfen, wie ein Jobticket (RMV) für die Kreisbediensteten vorbildhaft eingeführt werden kann und welche Kosten für den Landkreis damit verbunden sind,
3. auch weitere Szenarien zu prüfen, wie durch attraktive Tarifangebote, die auf dem Solidarmodell fußen (wie z.B. Jobticket oder Semesterticket) ein kostengünstiger, einfacher und niedrighschwelliger Zugang zum ÖPNV eröffnet werden kann,
4. in Zusammenarbeit mit den beauftragten Verkehrsunternehmen über das „Sofortprogramm für saubere Luft“ der Bundesregierung die Nachrüstung von Bussen mit Systemen zur Abgasnachbehandlung und die Elektrifizierung von Bussen voranzutreiben sowie
5. über das „Sofortprogramm für saubere Luft“ der Bundesregierung die Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge im Landkreis weiter auszubauen.

Der Kreisausschuss berichtet dem Kreistag zeitnah über Kosten und Umsetzungsmöglichkeiten der o.a. Punkte.

**Begründung:**

Im Vergleich zum Individualverkehr leistet der öffentliche Personennahverkehr einen erheblichen Beitrag zur Schadstoffentlastung der Umwelt.

Dieser Beitrag ist jedoch weiter optimierbar, indem der ÖPNV für die Nutzer finanziell attraktiver und der Schadstoffausstoß der Fahrzeuge durch Abgasnachbehandlungstechnologien und den Einsatz von Elektrobussen bzw. Plugin-Hybrid-Bussen verringert wird.

Derzeit testet der Landkreis im kleineren Umfang über das sog. „Miteinanderticket“ den kostenfreien Zugang zum ÖPNV für Menschen mit geringem Einkommen.

Im Zuge der Diskussion um Dieselfahrverbote wurde jedoch zeitweise auch ein völlig „kostenloser“ ÖPNV für **alle** Nutzer erwogen. Inwieweit dies im ländlichen Raum überhaupt finanziell darstellbar ist, soll durch die Umsetzung des 1. Punktes im Antrag geklärt werden.

Unabhängig davon ist jedoch zu prüfen, ob der Landkreis bei überschaubarem finanziellen Aufwand ein Jobticket ähnlich dem seit 01.01.2018 vom Land Hessen eingeführten „Landesticket“ für Landesbedienstete nicht auch für die Bediensteten des Landkreises einführen kann. Sofern eine solche Einführung zu vertretbaren Konditionen finanzierbar ist, wäre das auch im Sinne der im Nahverkehrsplan unter dem Motto „Mobilität zwischen den Ohren“ benannten Strategie, mehr Menschen für den ÖPNV zu begeistern.

gez.:  
**Werner Hesse**  
SPD-Fraktion

gez.:  
**Werner Waßmuth**  
CDU-Fraktion